

## Bundestagswahl 2025: AfW im Dialog mit der Politik – Positionen der FDP zur Altersvorsorge



Frank Rottenbacher

© AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V

**Der AfW Bundesverband Finanzdienstleistung führt im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 Gespräche mit den Finanzexpertinnen und Finanzexperten potenzieller Regierungsparteien, um deren Positionen zu zentralen Themen der Finanz- und Versicherungsvermittlung zu erfragen. In einem Austausch mit Anja Schulz, Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages und FDP-Bundestagsabgeordnete, diskutierten die AfW-Vorstände Frank Rottenbacher und Norman Wirth zentrale Fragen zur privaten Altersvorsorge, zur Rentenpolitik und zur Finanzbildung.**

Ein Video des Gesprächs kann [hier](#) abgerufen werden.

Die FDP plant, das Konzept des Altersvorsorge-Depots erneut aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Dieses Modell soll eine flexible und transparente Alternative zur bisherigen Riester-Rente bieten und staatlich gefördert werden. Wesentliche Punkte sind eine Entbürokratisierung, eine vereinfachte Förderung sowie die Integration unterschiedlicher Anlagestrategien. „Wir möchten in der Zukunft, dass alle private Altersvorsorge nutzen können. Dazu gehören auch Selbstständige. Ich denke, das ist ganz, ganz wichtig, denn heutzutage sind Lebenswege einfach sehr dynamisch. Also es kann durchaus sein, dass jemand mal abhängig beschäftigt, sich dann selbstständig macht und wieder zurückgeht in die abhängige Beschäftigung. Und da hatten wir einfach ein viel zu kompliziertes Fördersystem. Das wollen wir ändern.“, so Anja Schulz.

In der Rentenpolitik setzt die FDP auf eine kapitalgedeckte Ergänzung zur gesetzlichen Rente nach schwedischem Vorbild. Ein Teil der Rentenbeiträge soll dabei in individuelle Depots fließen, um die Abhängigkeit vom Umlagesystem zu reduzieren und langfristig höhere Renten zu ermöglichen.

Deutliche Kritik äußerte Schulz an der von anderen Parteien geforderten Bürgerversicherung. Schulz stellte klar: "Davon halte ich persönlich und auch meine Partei gar nichts. Aber egal welche Reformen wir dort vornehmen werden, ist die gesetzliche Rente immer nur eine Basis, ein Sockel. Aber sie wird nie dazu reichen, den Lebensstandard, den man aus dem Privatleben kannte, auch im Alter dann zu halten. Und insofern ist es wichtig, dass die Menschen die Möglichkeiten nutzen. Und das wollen wir über Anreize machen, selber zu sparen und fürs Alter vorzusorgen."

Ein weiteres wichtiges Thema war die Finanzbildung. Schulz machte sich für ein verpflichtendes Schulfach stark, das jungen Menschen wirtschaftliche Zusammenhänge und den Umgang mit Geld vermittelt. Die FDP betont die Bedeutung der Finanzbildung als essenziellen Bestandteil finanzieller Unabhängigkeit und Vermögensaufbau. Untersuchungen zeigten, dass Menschen mit mehr Wissen im Bereich Finanzen eine bessere Altersvorsorge aufbauen und finanziell unabhängiger sind. Daher setzt sich die Partei für eine stärkere Förderung der Finanzbildung ein, unter anderem durch die Einführung eines verpflichtenden Schulfachs, das wirtschaftliche Zusammenhänge und den Umgang mit Geld vermittelt. Die FDP wolle daher die bisherigen Initiativen fortsetzen und ausbauen.

„Wir begrüßen, dass die FDP eine flexiblere und praxisnahe Reform der Altersvorsorge anstrebt und den Kapitalmarkt stärker in die Rentenpolitik einbinden will“, kommentierte AfW-Vorstand Frank Rottenbacher.

#### **Pressekontakt:**

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.

Telefon: 030 / 63 96 43 7 - 0

Fax: 030 / 63 96 43 7 - 29

E-Mail: [office@afw-verband.de](mailto:office@afw-verband.de)

#### **Unternehmen**

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.

Kurfürstendamm 37

10719 Berlin

Internet: [www.bundesverband-finanzdienstleistung.de](http://www.bundesverband-finanzdienstleistung.de)

#### **Über AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V**

Der Bundesverband Finanzdienstleistung AfW e.V. ist der Berufsverband unabhängiger Finanzberater:innen. Circa 40.000 Versicherungs-, Kapitalanlage- und Immobiliendarlehensvermittl:innen werden durch seine ca. 2.100 Mitgliedsunternehmen repräsentiert. Er wurde 1992 gegründet.

Der AfW ist gefragter Gesprächspartner der Politik im gesamten Bereich der Finanzdienstleistung. Sein aktives Engagement ist Garant dafür, dass die Interessen der unabhängigen Finanzberater:innen in Politik, Wirtschaft und Presse wahrgenommen und berücksichtigt werden.

Er ist als Interessenverband beim Deutschen Bundestag und beim Europäischen Parlament akkreditiert und engagiert sich in diversen Brancheninitiativen insbesondere auch zum Thema Nachhaltigkeit in der Finanz- und Versicherungswirtschaft.

Die Arbeit des AfW wird durch eine große Anzahl von Fördermitgliedsunternehmen unterstützt.